

**Zeitschrift:** Bevölkerungsschutz : Zeitschrift für Risikoanalyse und Prävention, Planung und Ausbildung, Führung und Einsatz

**Herausgeber:** Bundesamt für Bevölkerungsschutz

**Band:** 7 (2014)

**Heft:** 19

**Rubrik:** Aus den Kantonen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 23.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Syrien-Konferenz «Genf 2»

## Einsatz des Zivilschutzes in Montreux

An der internationalen Friedenskonferenz für Syrien («Genf 2») im Januar 2014 stand auch der Waadtländer Zivilschutz im Einsatz: Er unterstützte die Polizei aus den Kantonen Genf und Waadt beim Aufbau und bei der Umsetzung des Sicherheitsdispositivs.



Der Waadtländer Zivilschutz unterstützte die Polizei bei der Umsetzung von Sicherheitsmassnahmen...



... wie auch durch die Verpflegung der Einsatzkräfte. Rund 1700 Mahlzeiten wurden täglich zubereitet.

Die Friedenskonferenz, die am 22. Januar 2014 in Montreux stattfand und unter dem Namen «Genf 2» weltweit Aufmerksamkeit erlangte, führte rund 30 ausländische Delegationen zusammen, darunter jene aus den USA, aus China, aus Grossbritannien und aus Frankreich. Vertreten waren neben der syrischen Regierung und der syrischen Opposition auch weitere Staaten der Region, die Europäische Union, die Arabische Liga und die Organisation für Islamische Zusammenarbeit.

### Unterstützung durch den Waadtländer Zivilschutz

Der Waadtländer Zivilschutz war mit verschiedenen regionalen Organisationen an der Durchführung beteiligt: Beim Aufbau und bei der Umsetzung des breit angelegten Sicherheitsdispositivs arbeiteten die Zivilschutz-Regionen

Riviera, Pays-d'Enhaut, Lavaux, Bezirk Morges, Gros-de-Vaud, Yverdon und Bezirk Aigle eng mit.

Die rund 500 eingesetzten Zivilschutzangehörigen kümmerten sich um die Verkehrsleitung im Bereich der Zugangsstrassen zu den Hotels, verstärkten mit Schranken die Sicherheitsinfrastruktur, verpflegten alle im Einsatz stehenden Partner – mit rund 1700 Mahlzeiten pro Tag – und betrieben den grossen Fahrzeugpark, der für den Transport des Polizeipersonals zwischen den verschiedenen Einsatzorten benötigt wurde.

### Positive Bilanz

Nach Abschluss der Konferenz zogen die Genfer und die Waadtländer Polizei eine positive Bilanz und hoben den guten Ablauf der Veranstaltung hervor. Die hervorragende Koordination zwischen den Sicherheitspartnern trug dazu bei, dass erste Verhandlungen zur Lösung des Syrienkonflikts geführt werden konnten.

Es wurden keine grösseren Zwischenfälle verzeichnet, die die Veranstaltung hätten stören können. Viele Teilnehmende, darunter Journalisten, hohe Würdenträger und ausländische Delegationsangehörige, äusserten ihre Anerkennung für die Sicherheitsvorkehrungen. Sie lobten die Gastlichkeit und den vorzüglichen Empfang, den die Mitarbeitenden des Sicherheitsdispositivs organisiert hatten.

Auch der Waadtländer Zivilschutz zeigte sich zufrieden mit den Leistungen, die gemäss Auftrag erfüllt wurden. Der Entscheid, die internationale Konferenz von Genf nach Montreux zu verlegen, fiel erst Ende Jahr, kurz vor den Festtagen. Um die Aufgaben, die den Waadtländer Zivilschutz-Regionen anvertraut wurden, übernehmen zu können, waren deshalb eine mustergültige Vorbereitung und ein entschlossener Einsatz gefordert.

Einmal mehr hat der Zivilschutz mit seiner Beweglichkeit und seiner Polyvalenz demonstriert, dass er ein wichtiges Glied in der Sicherheitskette bildet. Mit seiner Fähigkeit, die Partner in breit angelegten Einsätzen vorbehaltlos zu unterstützen, hat er aufgedeckt, dass er die einzige Reserve darstellt, auf die der Kanton zurückgreifen kann, wenn er Verpflichtungen solcher Art zu übernehmen hat.

**Kanton Luzern: Zivilschutz**

## Verzicht auf die Kantonalisierung

**Der Luzerner Regierungsrat hat beschlossen, die Kantonalisierung des Zivilschutzes nicht weiterzuverfolgen. Eine Machbarkeitsstudie zeigt zwar klare strategische, operative und finanzielle Vorteile. Neben den mehrheitlich negativen Rückmeldungen der Zivilschutzorganisationen war aber die Mehrbelastung des Kantons von 2,8 Millionen Franken Hauptgrund für den Projektverzicht.**

Ein Postulat aus dem Kantonsrat hatte gefordert, die Zivilschutzregionen in eine kantonale Zivilschutzorganisation zu überführen. Eine Machbarkeitsstudie, bei deren Erstellung die relevanten Organisationen des Zivilschutzes miteinbezogen wurden, ergab, dass eine Kantonalisierung bei gleicher Leistungsqualität Einsparungen von gesamthaft jährlich 0,4 Millionen Franken bringen würde. Während dem Kanton Mehrkosten von 2,8 Millionen Franken entstünden, würden die Gemeinden um 3,2 Millionen entlastet.

Die Mehrheit der Zivilschutzorganisationen (ZSO) äusserte sich negativ; vor allem begründeten sie ihre Ablehnung mit heute gut funktionierenden Strukturen. Die Organisationen sprachen sich im Verhältnis fünf zu drei gegen eine Kantonalisierung aus. Einig waren sich die ZSO über mögliche Änderungen, die auch ohne Kantonalisierung zu erzielen wären. Als Beispiel wurde die Vereinheitlichung von Material und Ausrüstung genannt.

**Kanton Basel-Landschaft: POLYCOM**

## Umprogrammierung von über 1600 Funkgeräten

**Wieder einmal konnte eine erfolgreiche Aktion innerhalb des Bevölkerungsschutzes Baselland rasch und kompetent abgeschlossen werden: Ein vierköpfiges Team der Kantonspolizei übernahm es, 1624 Funkgeräte mit einer neuen Software und überarbeiteten Profilen zu programmieren.**

Am 4. November 2013 startete die knapp vier Wochen dauernde Umprogrammierung im Kompetenzzentrum der Polizei Basel-Landschaft. Die Organisationen brachten ihre Funkgeräte gleich kistenweise. Mit der Programmierstation konnten gleichzeitig 16 Handfunkgeräte umprogrammiert und auf den neuesten Stand gebracht werden. Neben den Hand- wurden auch 140 Fahrzeugfunkgeräte umpro-

grammiert. Die Arbeit erwies sich als aufwendig, da es teilweise schwierig war, an die Geräte zu gelangen. Die Umprogrammierungsaktion ergab für die Nutzer einen grossen Mehrwert, konnten doch neue, gesamtheitlich nutzbare Organisationsgruppen für die Führung von Einsätzen geschaffen werden. Eine solche neue Gruppe wurde auch für planbare Grossanlässe eingerichtet.

**Kanton Freiburg: Personelles**

## Neuer Chef des Zivilschutzes

Die Freiburger Sicherheits- und Justizdirektion hat Christophe Bifrare zum neuen Chef des Zivilschutzes und stellvertretenden Vorsteher des Amtes für Bevölkerungsschutz und

Militär (ABSM) gewählt. Bifrare tritt sein Amt am 1. August 2014 an und wird Nachfolger von Jean Denis Chavaillaz, der seit 1. Oktober 2013 Amtsvorsteher des ABSM ist.

**Kanton Schaffhausen: Organisatorisches**

## Neu Bevölkerungsschutz und Armee

Der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen hat die Umbenennung des Amtes für Militär und Zivilschutz auf den 1. März 2014 beschlossen. Neu heisst die Dienststelle

Bevölkerungsschutz und Armee. Hintergrund der Umbenennung ist die Neuausrichtung des Bevölkerungsschutzes.